



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Durchbruch für ältere Arbeitslose“

Bergsträßer Bundestagsabgeordnete ist zufrieden mit den ersten Ergebnissen des Koalitionsausschusses

Berlin/Viernheim, 13. November 2007 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) hat die ersten Ergebnisse des Koalitionsausschusses begrüßt: „Die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Arbeitslose ab 50 ist der richtige Schritt. Man muss der Tatsache Rechnung tragen, dass trotz aller positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt - auch für ältere Arbeitnehmer - immer noch lediglich 28,5 % der Arbeitslosen zwischen 50 und 65 wieder eine Beschäftigung finden“.

Der Koalitionsausschuss verständigte sich darauf, Älteren schon bald wieder länger Arbeitslosengeld zu zahlen und dies kostenneutral für die Bundesagentur für Arbeit (BA) zu finanzieren. Für über 50-Jährige wird ALG 1 künftig 15 Monate lang gezahlt, ab 55 Jahren 18 Monate und ab 58 Jahren 24 Monate. Wer länger ALG I bezieht, sollte von der Bundesagentur entweder eine konkrete Beschäftigung angeboten bekommen oder einen Eingliederungsschein erhalten, der dann in einer konkreten Beschäftigung einzulösen ist“.

Einen Teil der Gegenfinanzierung trägt der Bund. Er transferiert jene Gelder an die BA, die er spart, weil er weniger Arbeitslosengeld II zahlen muss. Auch sollen Mittel aus dem sogenannten Eingliederungstopf der BA verwendet werden. „So ist auch sichergestellt, dass diese Maßnahmen nicht zulasten jüngerer Arbeitnehmer oder Arbeitsloser geht“, so Christine Lambrecht. „Das ist ein ganz wichtiger Erfolg“.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Weiterhin einigten sich die Spitzen der großen Koalition darauf, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab Januar 2008 auf 3,3 Prozent vom Bruttolohn zu senken. Der Beitrag liegt zurzeit bei 4,2 Prozent. „Millionen Beschäftigte haben so ab Januar mehr Netto vom Brutto“, so Christine Lambrecht. „Wir bestehen aber darauf, dass die Senkung nicht über den Bundeshaushalt finanziert wird. Das haben wir durchgesetzt“.

Christine Lambrecht lobte auch den Beschluss, aus dem Haushalt der Bundesagentur eine Milliarde Euro für zusätzliche Vermittlungsanstrengungen von Langzeitarbeitslosen einzusetzen und 200 Millionen Euro im Bundeshaushalt bereit zu stellen, um Kinder von Familien am unteren Rand der Gesellschaft besserzustellen.

Lambrecht bedauerte, „dass man hinsichtlich der Mindestlöhne im Postbereich und der Bahnreform nicht ähnlich vernünftige Ergebnisse erzielen konnte. Bei diesen Themen blockiert die Union noch. Aber auch hier werden sich die besseren Argumente durchsetzen“.

Abschließend machte Lambrecht deutlich: „Die von der SPD-Seite erzielten Ergebnisse sind ein erster wichtiger Schritt zur Umsetzung der Politik, die auf dem Hamburger SPD-Parteitag beschlossen wurde“, so Christine Lambrecht. „Wir gehen diesen Weg konsequent. Wer geglaubt hat, die Parteitagsbeschlüsse stünden nur auf dem Papier, hat sich getäuscht. Wir machen daraus konkrete Politik“.